

KVHB zieht Boykott-Beschluss zur eGK zurück

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KVHB) hat am Dienstagabend ihren Boykott-Beschluss zur elektronischen Gesundheitskarte (eGK) aus dem Vorjahr aufgehoben. Damit hat sie den Weg frei gemacht für eine Kostenerstattung für neue Lesegeräte. KVHB-Mitglieder können nun ab dem 1. April eine finanzielle Förderung beantragen.

An ihrer grundsätzlichen Ablehnung der eGK halten die VV-Mitglieder nach Angaben der KVHB allerdings fest. Gleichwohl könne man die Einführung nicht mehr verhindern, sei der Tenor bei der Versammlung gewesen. Die Körperschaft weist darauf hin, dass ein Festhalten an dem Beschluss aus dem September 2010 den Vorstand gebunden und damit einen finanziellen Nachteil für die Mitglieder der KV Bremen bedeutet hätte. „Die Krankenkassen sind gesetzlich verpflichtet, die Anschaffung neuer Lesegeräte finanziell zu fördern. Für Bremen und Bremerhaven steht eine Ausschüttungssumme von rund 1,3 Mio. Euro bereit“, informiert die KVHB.

Über die Modalitäten der Förderung sowie weitere Hintergründe zur Einführung der eGK in Bremen und Bremerhaven will die KV ihre Mitglieder in den kommenden Wochen informieren.



Rubrik: Berufspolitik

17.03.2011 10:42 / sk

URL dieses Beitrags: <http://www.facharzt.de/a/a/104472/>

© änd Ärztenachrichtendienst Verlagsgesellschaft mbH